

HOLOCAUST-GEDENKEN:

Soll München stolpern?

Seit 20 Jahren ringt die Stadt um Gedenksteine für die Opfer des Holocaust. Ein Abend im Landtag zeigt, was schief läuft. von Jens Jessen

DIE ZEIT N° 46/2014 8. November 2014 13:07 Uhr 145 Kommentare



In Hamburg gibt es sie: Stolpersteine mit den Namen von Holocaustopfern. | © dpa/Ino

Im Maximilianeum, dem Bayerischen Landtag, der hell und hoch über dem abendlichen München leuchtet, empören sich zwei prominente Bürgerinnen der Stadt vor geladenem Publikum. Auf dem Podium sitzen Amelie Fried, die Fernsehmoderatorin, und Isabell Zacharias, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Warum ist in ihrer Stadt nicht möglich, was überall sonst eine schöne und würdige, sogar populäre Übung der Erinnerung an Nazi-Opfer geworden ist? Warum darf es in München nicht jene Stolpersteine geben, die der Vertriebenen und Ermordeten mit einer kleinen Messingplatte auf dem Gehweg vor dem Haus gedenken, in dem sie einst wohnten?

Das Publikum klatscht, wenn es nicht in einverständiger Erbitterung schweigt. Viele geben sich mit einer Kippa als Juden zu erkennen, andere äußern sich im Laufe der Diskussion als Angehörige verfolgter Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Eindruck: Eine Riesenschweinerei, die schon zwanzig Jahre währt, muss korrigiert werden. Seit zwanzig Jahren weigert sich die Stadt München, die Stolpersteine zu erlauben, von denen es inzwischen nahezu fünfzigtausend in über 650 deutschen Städten und Gemeinden gibt, dazu rund hundert in anderen Ländern Europas. Die Erfindung des Künstlers Gunter Demnig ist tatsächlich eine volkstümliche Form des Gedenkens geworden. Täglich finden sich neue Stifter, die für Angehörige oder Fremde einen Stein platzieren wollen.

In München dürfen sie es nicht. Warum nur hat der Stadtrat, seinerzeit unter dem Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), die Stolpersteine auf öffentlichem Grund verboten? Auf privatem Gelände sind sie nur mit Zustimmung des Besitzers möglich, der nicht immer gerne an die unrühmliche Vergangenheit seines Hauses erinnert wird. An privaten Widerständen ist die Stadt München selbst einmal gescheitert: bei ihrem Versuch, für den Widerständler Kurt Eisner ein Denkmal am Hofbräuhaus anzubringen. Am Ende versenkte sie die Tafel im Straßenpflaster der Kardinal-Faulhaber-Straße. Hätte also nicht gerade die Stadtverwaltung Grund genug, die Stolpersteine zu erlauben – mehr noch, zu fördern? Aber was tat sie, als 2004 die zwei ersten Steine installiert wurden, für das Ehepaar Siegfried und Paula Jordan, die beide nach Litauen deportiert und dort 1941 ermordet wurden? Die Steine wurden noch am selben Tag auf Anweisung der Verwaltung herausgerissen.

Es ist eine Geschichte, die immer wieder in Erinnerung gerufen und auch diesen Abend anklagend

beschworen wird. Immer wieder wird der Satz des Sohnes Peter Jordan wiederholt, der zur Entfernung der Steine gesagt hatte: "Es war, als wären meine Eltern ein zweites Mal deportiert worden." Ein dumpfer Verdacht hängt im Raum des Bayerischen Landtags: dass München, die berüchtigte "Hauptstadt der Bewegung", in der Hitlers Aufstieg begann, sich noch immer mit dubiosen Ausflüchten gegen eine angemessene Erinnerung seiner nationalsozialistischen Vergangenheit sperre – "seit 1945 alle Schuld auf Berlin abschiebt", wie ein Besucher beim anschließenden Empfang gallig bemerkte. Muss man vermuten, dass selbst Sozialdemokraten sich in München bemüßigt fühlten, Rücksichten auf gewisse dunkle Kreise zu nehmen?

Muss man nicht. Der ganze fatale Eindruck des Abends beruht darauf, dass die eigentliche Quelle des Widerstands gegen die Stolpersteine weder auf dem Podium noch im Saal präsent ist. Das heißt, präsent ist sie schon, aber als überwältigende Leerstelle und gemeinsames Feindbild des Saals. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde in München, hatte sich von Anfang an gegen die Steine ausgesprochen – weil sie nicht fassen kann, "dass dort die Namen von Holocaustopfern zu Füßen der Menschen angebracht werden", wie sie es noch heute mit Empörung formuliert.

Da die Initiative jetzt wieder "mit gehöriger verbaler Aggressivität vorangetrieben wird", wie Knobloch sagt, erklärt sie es am Nachmittag vor der Veranstaltung noch einmal: "Auf dem Boden kann doch kein würdiges Gedenken stattfinden. Die Steine werden bewusst oder leichtfertig mit Füßen getreten, beschmiert, mit Exkrementen von Hunden beschmutzt, geklaut, beschädigt." Man kennt ihre Einwände auch abends im Saal. Nachvollziehen kann man sie nicht.

Die Erschöpfung ist ein Problem, man hört nicht mehr zu

Amelie Fried, die selbst gerne Stolpersteine für ihre ermordeten Angehörigen setzen möchte, sagt: "Deutsche Hauseingänge sind gut gepflegt", sie sagt: "Die meisten Menschen stocken, beugen sich vor und verbeugen sich", und im Übrigen gelte: "Niemand wird mit Füßen getreten, es sind Steine, nicht Menschen." Es hört sich nach einem Wortwechsel an, der schon oft geführt wurde, mit Erschöpfung auf beiden Seiten, und Charlotte Knobloch kann auf Amelie Fried antworten, ohne am Abend dabei zu sein: "Dass vereinzelt Menschen stehen bleiben und innehalten, streite ich nicht ab, aber das sind doch leider Ausnahmen."

Die Erschöpfung ist ein Problem, man hört nicht mehr zu, man will sich durchsetzen. So bleibt auch ein viel ernsteres Argument von Charlotte Knobloch undiskutiert: dass mit dem Vermächtnis der Opfer so umzugehen sei, "dass die Erinnerung zu Erkenntnissen führt, die das heutige Denken und Handeln bestimmen", nämlich als "ein Gedenken, das sich klärt und den Fokus auf die Zukunft lenkt. Beides ist bei den Steinen nicht der Fall." Und tatsächlich ist der Abend im Landtag sehr geeignet, gerade diesen Einwand zu bestärken – dass die Steine vor allem einem Wunsch nach selbstgerechter Rührung entgegenkommen, dass sich hier nichts klärt und sich kein Blick auf die Zukunft richtet, sondern nur darauf, sich als guter, schön geläuterter Deutscher zu fühlen.

Dazu taugt auch das Podium, auf dem noch der Verbandsvorsitzende der bayerischen Sinti und Roma, eine bayerische Schülervereinerin (für den Glauben an die Jugend) und der Rabbiner der liberalen Münchner Minderheitsgemeinde sitzen, die sich alle gemeinsam zu einem starken Stolpersteinbedürfnis bekennen – und empören, von dem Votum der einen starken Frau dabei gehindert zu werden. Es ist nicht leicht für den einzig anwesenden Vertreter der jüdischen Mehrheitsgemeinde, den Finanzvorstand Avi Pitum, überhaupt noch einmal so etwas wie Stolpersteinskepsis zu formulieren. Er tut es dann aber doch, und nun mit einem wirklich erschütternden Argument. Es gebe bei ihm und vielen anderen in der Israelitischen Kultusgemeinde vor allem "die Angst vor einem Zuviel" des Gedenkens; man müsse doch schon froh sein, dass eine jüdische Gemeinde in München wieder aktiv sei.

Und so steht es auf einmal wieder im Raum, das Monument erlebten Grauens: die alte jüdische Angst, allzu sichtbar zu werden. Es verfängt nicht, als jetzt schnell einer sagt, es sei halt Aufgabe der deutschen Mehrheitsgesellschaft, diese Angst zu nehmen. Denn ebendas hat die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht geschafft, und die letzte Nachricht des Tages, nämlich vom Diebstahl des Eingangstors der KZ-Gedenkstätte Dachau, ist leider wenig geeignet, dem Zutrauen aufzuhelfen.

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

Anmerkung der Redaktion, 7. November 2014: Die seinerzeit umstrittene Münchener Gedenktafel für Kurt Eisner befindet sich in der Kardinal-Faulhaber-Straße, wo der Anführer der Novemberrevolution und kurzzeitige bayerische Ministerpräsident 1919 ermordet wurde – und nicht etwa am Bürgerbräukeller, wo Johann Georg Elser 1939 sein berühmtes Attentat auf Hitler unternahm. Letzteres stand so in der gedruckten Fassung. Wir haben das hier korrigiert.

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2014/46/stolpersteine-muenchen-holocaust/komplettansicht>

[Zur Startseite](#)